

Das Demokratieverständnis in seinen unterschiedlichen Dimensionen –

Eine vergleichende Betrachtung ostdeutscher und westdeutscher Einstellungen

Everhard Holtmann

Macht die deutsche Demokratie, mit einem Wort des Politikwissenschaftlers Oscar W. Gabriel, zehn Jahre nach der Einigung eine „Vereinigungskrise“ (1999: 827) durch? Jüngste Stimmungstrends scheinen dies auf den ersten Blick zu bestätigen: So sackte die Demokratiezufriedenheit in den alten Bundesländern im Jahr 1997 auf 43% ab und erreichte damit ihren niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Der Vergleichswert für Ostdeutschland lag gar bei nur 24% und wurde in Europa „nur noch von Belgien und Italien unterboten“. In diesen Umfragedaten äußert sich laut Gabriel „die schwerste Akzeptanzkrise des politischen Systems seit dem Beginn der 70er Jahre“ (Ebenda: 836). Im Osten Deutschlands hat dieses System an Strahlkraft als besseres Modell Deutschland offenbar etliches eingebüßt. Es scheint, als verflüchtige sich mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Ende der DDR das Bewußtsein ihrer Schattenseiten im politischen Gedächtnis der Bevölkerung (842).

Immerhin zeigt die Stimmungskurve seither wieder aufwärts. Vor Dramatisierungen ist also zu warnen. Umfragedaten über das schwankende Ausmaß der aktuellen Zustimmung zur Demokratie lassen sich nämlich nur dann angemessen einschätzen, wenn wir zwischen Zustimmung zur Demokratie als *politisches Ordnungsprinzip* einerseits und zur *Praxis* der Demokratie andererseits unterscheiden. So gesehen, bildet die oben erwähnte Stimmungskurve lediglich einen Ausschnitt der politisch-kulturellen Wirklichkeit ab (vgl. 837). Dieser Ausschnitt ist aussagekräftig hinsichtlich der allgemeinen Einschätzung des aktuellen Zustands staatlicher Politik hierzulande und verdient insoweit auch Beachtung. Über die Verankerung demokratischer Grundwerte hingegen wird damit nichts ausgesagt.

Wir müssen folglich bei unserer Betrachtung den analytischen Bezugsrahmen genauer bestimmen, und zwar bezüglich der Dimensionen des Demokratiekonzepts. Eine erste klärende Vorbemerkung lautet: Demokratie bedeutet *Partizipation* und zugleich mehr als politische Beteiligung. Denn mit Demokratie wird weithin auch die Erwartung der *Teilhabe an einem Angebot öffentlicher Güter und Leistungen* verbunden, das ausreichend ist und *gerecht verteilt* wird. Erwartet wird, daß mannfache Fürsorge- und Vorsorgegarantien, daß Lebenschancen und Risikoschutz

von Staats wegen bereitgestellt werden. Dabei kann die wohlfahrtsstaatliche Dachkonstruktion im Einzelnen durchaus verschieden ausgebaut sein. Demokratie ist folglich in den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur ein *partizipatives Verfahren*, sondern immer auch *ergebnisbezogen*. Nur in dem Maße, wie eine demokratische Ordnung beiden Anforderungen gerecht wird, kann sie auf hinreichende freiwillige Unterstützung seitens der Bevölkerung hoffen. Nachstehendes Schaubild bildet den Zusammenhang vereinfacht ab, der zwischen den Leitideen der Demokratie, den partizipativen Verfahren und dem Leistungsvermögen des politischen Systems sowie den darauf gerichteten Reaktionen und Erwartungen der Bevölkerung besteht.

Abbildung: Das Strukturmuster demokratischer Politik

Eine zweite klärende Feststellung wurde mit den Eingangsbemerkungen bereits vorweggenommen: Demokratie wird wahrgenommen als ein *normatives Leitbild* und als *politische Praxis*. Bewertende Einstellungen der Bevölkerung beziehen sich demzufolge teils auf die leitenden Normen, teils auf das tatsächliche Erscheinungsbild der Demokratie, ohne daß zwischen diesen beiden Dimensionen subjektiv immer bewußt getrennt wird. Analytisch müssen die Wahrnehmungsebenen der Leitideen und der politischen Praxis gleichwohl auseinandergehalten werden, weil sich mit ihnen nach Erkenntnissen der Einstellungsforschung unterschiedliche Qualitäten von Demokratiezufriedenheit verbinden: Öffnet sich beispielsweise eine Schere zwischen gewährten und erwarteten öffentlichen Leistungen, verringert sich erfahrungsgemäß zunächst die sog. spezielle Systemunterstützung, d.h. der Zuspruch für politische Akteure oder auch einzelne Institutionen (Parlament, Abgeordnete, Parteien usw.). Hält verbreitete Unzufriedenheit mit den Systemleistungen über längere Zeit an, kann dies auch der sog. generellen Systemzustimmung, d.h. der Identifikation mit der Demokratie um ihrer selbst willen, abträglich sein. Die Demokratiezufriedenheit kann außerdem auch dann instabil werden, wenn die *Vorstellungen* der Bürger über die wünschenswerte Grundausstattung „ihrer“ Demokratie von de-

ren tatsächlicher institutioneller Ausgestaltung abweichen, etwa wenn die Möglichkeiten, direktdemokratische Instrumente anzuwenden, als unzureichend erachtet werden. Dann treten in der Wahrnehmung „Norm“ und „Struktur“ der Demokratie auseinander. Auch diese Zusammenhänge sind im Schaubild schematisch dargestellt.

Zu ergänzen ist eine dritte klärende Feststellung: Einstellungen zur Demokratie sind nicht nur Ausdruck gegenwartsnaher Erfahrungen, sondern wesentlich vorgeprägt durch *kulturelle Tradition*. Im Demokratieverständnis von Ostdeutschen, bei ihrer Deutung und Wahrnehmung demokratischer Normen, Strukturen und Praxis, wirken Segmente DDR-geprägter Einstellungen bis heute nach. Ausgehend von diesen Vorbemerkungen, lassen sich, anknüpfend an Erklärungsansätze des Einstellungsforschers Dieter Fuchs, folgende Annahmen formulieren: 1. Konkrete Erfahrungen mit den politischen Realitäten in der Demokratie beeinflussen die Sicht auf die Normen und Institutionen der Demokratie (Praxiseffekt-Annahme). 2. Die Wahrnehmung der Wirklichkeit von Demokratie wird hinwiederum auch beeinflusst durch äußere Faktoren, wie vor allem die subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Externe Wahrnehmungssteuerung). 3. In Ostdeutschland ist das Demokratiebild immer noch mit geprägt durch zu DDR-Zeiten aufgenommene Deutungsmuster (Sozialisierungseffekt-Annahme). 4. Zumal ostdeutsche Demokratievorstellungen sind nicht gänzlich deckungsgleich mit der konkreten institutionellen Ausformung der Demokratie im geeinten Deutschland (Hypothese der „abweichenden Normvorstellung“; vgl. Fuchs 1997: 83, 85). Anhand dieser Annahmen läßt sich die Empirie ausschnitthaft erschließen: Wie ist es um die Einstellungen der Deutschen zum demokratischen Staat bestellt? Werden dabei Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bundesbürgern erkennbar? – Aus der schier unüberschaubaren Fülle von Umfragedaten werden im folgenden einige ausgewählte Einstellungsprofile vorgestellt, die seit dem Systemwechsel 1990/91 erhoben worden sind und den seither eingetretenen Einstellungswandel anschaulich machen.

• *Zustimmung zur Idee der Demokratie*: Daß die Demokratie „die beste Staatsform“ ist, glaubten 1991 in Westdeutschland 86% der Befragten, in Ostdeutschland 70%. Nur eine verschwindend kleine Minderheit kannte „andere Staatsformen, die besser sind“ (W: 3% – O: 7%). Rund 6 Jahre später hatten sich in Ost- wie Westdeutschland die Demokratiepräferenzen der überwiegenden Mehrheit nicht nur nochmals vergrößert (W: 88% – O: 81%), sondern auch die regionale Differenz war mehr als halbiert worden (1991: -16% • 1997: -7%). Die noch 1991 gerade in den neuen Bundesländern relativ hohe Rate von Unentschiedenen (W: 11% – O: 23%) hatte sich überproportional auf nurmehr 3% abgebaut (W: ebenfalls 3%). Im gleichen Zeitraum hatte sich die Zahl derer, die der Demokratie grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen, fast verdoppelt (Ost: 16%) bzw. verdreifacht (West: 9%). Stärker als bei Eintritt in die 90er Jahre schieden sich mithin 1997 an der sog. Systemfrage die Geister (Zahlenangaben mit Quellennachweis bei Fuchs 1997, Pollack/Pickel 1998).

• *Materielles Demokratieverständnis*: Bei der Benennung normativer Grundsätze, die den materiellen Kern des Demokratieprinzips ausmachen, äußern sich Ost- und Westdeutsche teils übereinstimmend, teils voneinander abweichend. Die Frage, ob

individuelle Grundrechte (Presse- und Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Freizügigkeit, freie Wahl des Berufes), pluralistischer Parteienwettbewerb (Mehrparteiensystem, freie und geheime Wahlen, Oppositionsrechte, gleicher Zählwert der bei Wahlen abgegebenen Stimmen) und Rechtsstaatlichkeit (unabhängige, an Recht und Gesetz gebundene Justiz sowie Gleichheit aller vor dem Gesetz) unbedingt zu einer Demokratie gehören, wurde im Einheitsjahr 1990 jeweils von rund 80% der Ost- und Westdeutschen bejaht. Der Basiskonsens über grundlegende Wertentscheidungen und regulative Normen des demokratischen Verfassungsstaates des Grundgesetzes war demnach bereits zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bemerkenswert stabil. Unterschiede ergaben sich hingegen bei den Partizipations- und Egalitätsvorstellungen. Die Erwartungen, die hinsichtlich *umfassender und direkter Bürgerbeteiligung* sowie bezüglich *sozialer Gerechtigkeit* (materielle Grundsicherung, Umverteilung von Einkommen) mit der Demokratie verknüpft wurden, waren in Ostdeutschland weit höher ausgeprägt. Die Mittelwert-Differenzen zwischen Ost und West lagen hier bei 16% bzw. 22% (Zahlenangaben, mit Quellennachweis, bei Fuchs 1997).

• *Gewünschte Änderungen des Grundgesetzes*: Die unterschiedliche Gewichtung unmittelbarer und „sozialer Demokratie“ spiegelte sich auch in den unterschiedlichen Optionen Ost- und Westdeutscher für gewünschte Grundgesetzänderungen wider (der Einigungsvertrag hatte einen entsprechenden Prüfauftrag für Bundestag und Bundesrat formuliert). Der Erhebung des Umweltschutzes in den Verfassungsrang eines Staatsziels (O: 91% – W: 83%) sowie der Veränderung des Asylrechts (O: 67% – W: 74%) stimmten 1991 jeweils annähernd gleich große Kontingente zu (Differenz: 8% bzw. 7%). Und auch in Westdeutschland stimmte jeweils eine Zweidrittel-Mehrheit der Befragten einer verfassungsrechtlichen Garantie für das Recht auf Wohnen und das Recht auf einen Kindergartenplatz zu. In Ostdeutschland aber lagen die zustimmenden Voten für solche sozialen Grundrechte mit 90% bzw. 83% noch erheblich darüber. Am größten fiel die Differenz beim „Recht auf Arbeit“ aus, für das 85% der Ostdeutschen, aber nur 49% der Westdeutschen, eintraten. Ebenso war in den neuen Ländern der Wunsch nach einer Implementation direktdemokratischer Instrumente (Volksentscheide über Gesetze) deutlich stärker ausgeprägt (O: 79% • W: 66%). Für eine Änderung bundesstaatlicher Zuständigkeiten („mehr Rechte und Geld für Länder“) votierten gleichfalls drei von vier Ostdeutschen, jedoch nur etwa jeder zweite Westdeutsche (74% und 48% – sämtliche Zahlenangaben, mit Quellennachweis, bei Fuchs 1997).

Daß gerade in den neuen Bundesländern ausgeprägt egalitäre bzw. sozialstaatliche Wertepreferenzen verbreitet sind, läßt sich auch für die der Wiedervereinigung folgenden Jahre belegen. Wie eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Studie ergab, stuften 1993 in Ostdeutschland die „Gleichberechtigung der Frau“ 65%, den „Sozialstaat“ 57% und „soziale Gerechtigkeit, Verringerung von Einkommensunterschieden“ 65% als „sehr wichtig“ ein. Diese Prozentanteile lagen um jeweils 16, 15 und 25% über den westdeutschen Vergleichswerten. Umgekehrt war die Relation bei immateriellen Wertorientierungen: „Freiheit“, „freie Meinungsäußerung“ und „Rechtsstaat und Demokratie“ waren zwar auch für zwischen knapp 50% und annähernd 60% Ostdeutsche „sehr wichtig“, aber die Nennungen lagen hier um 16, 20 und 19 Prozentpunkten *unter* den westdeutschen Anteilen (Zahlenangaben nach Veen/Zelle 1994).

• *Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen:* Die generellen Erwartungen an die Wohlfahrt sichernde, (um)verteilende Ordnungsfunktion des Staates, nach welcher sich die *gesamtdutsche* Systemzufriedenheit mit der Demokratie des Grundgesetzes seit der deutschen Einigung ganz wesentlich bemißt, sind in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen weit verbreitet. Wie die in Tabelle 1 aufbereiteten Daten dokumentieren, wiesen dem Staat für die Bereiche Gesundheit, Altenbetreuung, Studienhilfen, soziales Wohnen, Arbeitslosenhilfe, Arbeitsmarkt, Preiskontrolle und Nivellierung der Einkommensunterschiede jeweils deutliche Mehrheiten eine entsprechende Verantwortung zu. Dabei lag innerhalb der Bevölkerung in den neuen Bundesländern das Anspruchsniveau überwiegend um gut 20 Prozentpunkte höher (Koch 1991). Dieses Anspruchsgefälle hatte sich auch Mitte der 90er Jahre noch in etwa gleicher Größenordnung erhalten. Staatliche Verantwortung beispielsweise für Vollbeschäftigung und Abbau von Einkommensdisparitäten wurde in Ostdeutschland nach wie vor von 18 bzw. 22% mehr Befragten eingefordert (Tabelle 2 – siehe Roller 1999).

Tabelle 1: Wohlfahrtstaatliche Ansprüche

	Der Staat sollte verantwortlich sein ...	
	West %	Ost %
• Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen	94.7	98.5
• Den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern	93.9	98.7
• Den Studenten aus einkommensschwachen Familien finanzielle Unterstützung zu gewähren	83.4	94.1
• Denjenigen, die es sich finanziell nicht leisten können, eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen	77.0	91.1
• Den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern	75.7	92.2
• Einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen, der arbeiten will	72.2	93.6
• Die Preise unter Kontrolle zu halten	68.1	89.5
• Die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen	60.4	81.5
• Der Industrie Hilfe zu gewähren, um ihr Wachstum zu sichern	49.8	77.0

Frage: Bitte geben Sie nun an, inwieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.“

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990. Zusatzstudie Ost 1990

Entnommen aus: ISI Nr. 6/Juli 1991

Die insgesamt ausgeprägte Erwartungshaltung an staatliche Vorleistungen im Bereich persönlicher Lebensplanung, Berufschancen und Versorgungsrisiken erklärt sich zum einen mit der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die zumal in den neuen Ländern im Gefolge des industriellen Strukturwandels zu tiefgreifenden Brüchen in der Berufsbiographie großer Bevölkerungsteile geführt und eine anhaltende gesellschaftliche Destabilisierung nach sich gezogen hat. Zum anderen stehen die erwähnten Orientierungen der Deutschen in der alten Bundesrepublik – und weit stärker noch diejenigen der dem staatssozialistischen politischen Alltag der ehemaligen DDR eben erst erwachsenen Ostdeutschen – auch in der langen Kontinuität einer Sozialstaatlichkeit, die mehrfache Systemwechsel überdauert hat und deren historische Wurzeln bis in die Wilhelminische Epoche zurückreichen.

Tabelle 2: Staatsverantwortung für Politikbereiche

	Alte Länder				Neue Länder		
	1985	1990	1991	1996	1990	1991	1996
Chancengleichheit ^a							
• Staatsverantwortung ja	•	86	•	87	96	•	94
• Staatsverantwortung nein	•	14	•	13	4	•	6
Vollbeschäftigung ^a							
• Staatsverantwortung ja	81	74	78	74	95	98	92
• Staatsverantwortung nein	19	26	22	26	5	2	8
Einkommensgleichheit ^a							
• Staatsverantwortung ja	68	64	67	62	84	91	84
• Staatsverantwortung nein	32	36	33	38	16	9	16
Gesetzliche Kontrolle der Löhne und Gehälter ^b							
• ja	28	31	•	27	79	•	68
• Nein	52	46	•	50	12	•	15
• Unentschieden	20	23	•	23	9	•	17

a Chancengleichheit = Finanzielle Unterstützung für Studenten aus einkommensschwachen Familien; Vollbeschäftigung = Einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen, der arbeiten will; Einkommensgleichheit = Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abbauen. Staatsverantwortung: ja = der Staat sollte dafür auf jeden Fall verantwortlich sein/verantwortlich sein; nein = der Staat sollte dafür nicht verantwortlich sein/auf keinen Fall verantwortlich sein (ISSP 1985, ISSP + 1990; Allbus 1990, 1991, 1996).

b Ja = befürworte ich stark/etwas; neien = lehne ich etwas ab/stark ab, unentschieden = weder Befürwortung noch Ablehnung (ISSP 1985, ISSP + 1990; Allbus 1990, 1996)

Quelle: Roller 1999

Es erscheint daher plausibel, als Erklärung für die staatsgerichtete Anspruchshaltung neben situativen Faktoren, wie vor allem der ökonomisch-sozialen Lage, die Sozialisations-Hypothese mit heranzuziehen, auch und gerade um zu begründen, weshalb die deutsche politische „Staatskultur“ sich entlang den Items „Direkte Demokratie“ und „soziale Gerechtigkeit/Gleichheit“ zwischen Ost und West erkennbar scheidet. Dieter Fuchs versucht hier eine interessante Deutung. Er führt die ersichtlich stärkeren ostdeutschen Vorlieben für das Gerechtigkeitspostulat und für plebiszitäre Demokratie auf Nachwirkungen eines „systeminternen Lernens“ zurück: Zu DDR-Zeiten habe die offizielle Legitimationsstrategie der staatssozialistischen Partieliten darauf abgehoben, daß die DDR im Systemvergleich mit der Bundesrepublik deshalb besser abschneide, weil sie den Bürgern mehr Möglichkeiten unmittelbarer politischer Mitsprache einräume und für eine bessere materielle Grundsicherung Sorge. Diese Rechtfertigungsideologie klinge in den aktuellen ostdeutschen Präferenzen für ein Demokratiemodell nach, das „die beiden Elemente der egalitären Verteilung von gesellschaftlichen Gütern und der umfassenden und direkten Bürgerbeteiligung enthält“. So gesehen, wäre das derzeit in Ostdeutschland vorherrschende Demokratieverständnis vorgeprägt durch ein „sozialistisches Erbe“ (Fuchs 1997: 95).

• *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie*: Ob man mit dem Funktionieren der Demokratie, so wie sie in Deutschland existiert, „alles in allem“ zufrieden sei oder nicht – mit dieser (je nach Umfrage leicht variierten) Standardfrage

wird seit der Einigung in beiden Teilen Deutschlands die Demokratiezufriedenheit gemessen. Deutlich wird, daß schon 1991 in Ostdeutschland der Anteil derer, die Zufriedenheit äußerten, weniger als 50% betrug. In der Folge pendelte der Zufriedenheitswert bis 1995/96 um die 40-Prozent-Marke, sackte 1997 auf den erwähnten Tiefpunkt von 24% ab und hat sich seither wieder bei etwas höheren Anteilen konsolidiert – allerdings auf unverkennbar niedrigerem Niveau als in Westdeutschland, wo die Zustimmungskurve ebenfalls 1997 mit 43% ihren stärksten negativen Pendelausschlag erreichte (Fuchs 1997, Pollack/Pickel 1998, Gabriel 1999). Dieses etwa 20 Prozentpunkte betragende Ost-West-Zufriedenheitsgefälle blieb während der gesamten 90er Jahre konstant. Die Stimmungskurven haben sich, auch in ihren teilweise deutlichen Schwankungen, in Ost- und Westdeutschland synchron bewegt.

Für Einstellungsforscher wie Oscar Gabriel erwies sich damit schon im Jahr Eins gesamtdeutscher Zeitrechnung „ein im Ausmaß beträchtlicher, qualitativer Unterschied“ zwischen den Einstellungen der ost- und westdeutschen Bevölkerung (1999: 836). Es liegt vorderhand nahe, diese Einstellungsdifferenz ursächlich auf nachwirkende Prägungen durch die in der DDR erfahrene politische Sozialisation zurückzuführen. Andererseits sahen sich die Ostdeutschen schon kurz nach der Einigung mit transformationsbedingt häufig dauerhaft prekären Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert. Wie weit nun solche situativen Erfahrungen und wie weit der Faktor Sozialisation die politischen Einstellungen von Ostdeutschen beeinflussen bzw. seither beeinflußt haben, ist umstritten (vgl. Gabriel 1999 und mit andere Akzentuierung Pollack/Pickel 1998). Der neuesten Studie Gabriels verdanken wir indes zwei aufschlußreiche, statistisch gehärtete Befunde. Erstens: Eine positive Bewertung der „Idee des Sozialismus“ – dieses kann als ein Indikator für nachwirkende politische Kultur der DDR hilfswiese herangezogen werden – dämpft die Demokratiezufriedenheit. Zweitens: Eine subjektiv als nachteilig empfundene Wirtschaftslage, worin sich eine situative Bewertung der Systemleistungen ausdrückt, setzen Ostdeutsche überwiegend „viel stärker in Unzufriedenheit mit der Demokratie um, als es im Westen der Fall ist“ (Gabriel 1999: 853). Die im Sommer 1999 von Mannheimer Sozialforschern auf der Basis von Daten des Wohlfahrtssurveys 1998 belegte Feststellung, daß Deutsche in Ost und West zwar identische Lebensniveau-Ansprüche haben, in den Wahrnehmungen von Ostdeutschen die Lebenswirklichkeit jedoch stärker dahinter zurückbleibt, folglich hier einer der Gründe für das „nach wie vor niedrige Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland“ zu orten sei (Habich u.a.1999: 4), läßt sich mithin um die Aussage ergänzen, daß sich eine kritische Bewertung von Lebensbedingungen auf stabile Systemzufriedenheit nachteilig auswirkt.

Daß sowohl politische Werthaltungen, die in der DDR ausgebildet wurden, in bestimmter Form weiter nachwirken, als auch die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie situationsbezogenen Einschätzungen unterliegt, wird durch eine regionale Repräsentativerhebung unter Mitgliedern der Landesparteien in Sachsen-Anhalt von Sommer 1998 in spezifischer Weise bestätigt. Auch dort wurde die Sozialismus-Frage („Prinzipiell ist der Sozialismus eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“) gestellt. Bemerkenswert ist weniger die nahezu geschlossene Zustimmung der PDS-Mitglieder (99%), sondern daß auch gut 60 bzw.

70% bei SPD (70,6%) und Bündnisgrünen (61,8%) sowie ein reichliches Viertel bzw. Drittel der Mitglieder von CDU (27,0%) und FDP (38,7%) diese Frage bejahen (Tabelle 3). In diesem regionalen Profil ostdeutscher Demokratiezufriedenheit fällt außerdem auf, daß Parteimitglieder sich insgesamt deutlich weniger zufrieden (-9,4 Prozentpunkte) äußerten als der Bevölkerungsdurchschnitt (44,9%) des Landes Sachsen-Anhalt (Boll u.a.1999: 41).

Tabelle 3: Zustimmung zur Idee des Sozialismus

	gesamt	CDU	FDP	PDS	B90/Gr	SPD
„Prinzipiell ist der Sozialismus eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“	65,2	27,0	38,8	99,1	61,9	70,5

Zusammenfassung der Antwortkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ einer Vierer-Skala.

Quelle: Parteimitglieder-Erhebung Sachsen-Anhalt 1998 – n = 1891

Tabelle 4: Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie

(„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?“)

Parteien	zufrieden	ziemlich zufrieden	nicht sehr zufrieden	überhaupt nicht zufrieden
	Alle Parteien	6,2	29,3	45,2
CDU	14,4	50,5	30,4	4,8
SPD	6,5	39,1	44,9	9,4
FDP	9,5	41,6	43,8	5,0
Bündnis90/DIE GRÜNEN	3,9	27,6	56,8	11,7
PDS	0,7	4,3	49,2	45,8
Mitgliedergenerationen				
	zufrieden	ziemlich zufrieden	nicht sehr zufrieden	überhaupt nicht zufrieden
Altmitglieder	5,3	24,8	44,6	25,4
Erneuerer	12,8	35,8	38,5	12,8
Gründergeneration	8,5	32,5	50,5	8,5
Neumitglieder	4,5	37,6	47,5	10,4

Quelle: Parteimitglieder-Erhebung Sachsen-Anhalt 1998 – n = 1891

Schlüsselt man die Antworten nach Parteien sowie nach Mitglieder-Generationen genauer auf, so wird schließlich erkennbar, daß sich Mitglieder in den Landesverbänden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen deutlich kritischer über den Zustand der Demokratie äußerten als Mitglieder von CDU und FDP, also jener Parteien, die zum Zeitpunkt der Befragung (nahe der Bundestagswahl 1998) die Bonner Regierung bildeten. Man darf annehmen, daß eine entsprechend „oppositionelle“ bzw. „regierungsloyale“ Grundhaltung der Parteilager die geäußerte Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie beeinflußt hat – ein Hinweis auf nicht ökonomisch geleitete, aber doch auch situative Beweggründe des Antwortverhaltens. Zählt man hingegen die befragten Mitglieder der mit ihrer Organisationsvergangenheit in die DDR zurückreichenden Altparteien CDU, FDP und PDS nach den vor und nach dem Systemwechsel Eingetretenen gesondert aus, so treten signifikante Unterschiede zutage, die auf Sozialisierungseffekte hindeuten: Die Quote der

de zutage, die auf Sozialisationseffekte hindeuten: Die Quote der Demokratiezufriedenheit liegt unter „Erneuerern“ um gut 18 Prozentpunkte höher als unter „Altmitgliedern“ (Tabelle 4), unter welchen freilich jene mit PDS-Parteibuch zahlenmäßig stark ins Gewicht fallen. Daß sich andererseits die Gründergeneration und Neumitglieder von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausmaß ihrer Zufriedenheit *nicht* voneinander unterscheiden (Tabelle 4), spricht ebenfalls für die Sozialisations-Hypothese. Denn jene, welche 1989/90 letztere zwei Parteien regional und lokal neu gründeten, hatten sich, als Teil der System-Opposition zur DDR, vom SED-Staat innerlich seit längerem distanziert und eine innere Identifikation mit dem westlichen Demokratiemodell aufgebaut.

Fassen wir zusammen: Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bewegt sich in den neuen Bundesländern auf anhaltend niedrigerem Niveau als in den alten Ländern. Diese kritische Einstellung speist sich offenbar zum Teil aus nachwirkenden Prägungen durch die noch zu DDR-Zeiten erfahrene politische Sozialisation, vor allem aber aus anhaltend ungünstigen sowie perspektivisch als unsicher empfundenen ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen. Daß zwischen wirtschaftlicher Konsolidierung und Systemidentifikation ein Zusammenhang besteht, ist uns aus der politischen Kultur der alten Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre bekanntlich nicht unvertraut. Hoffnungsvoll stimmt derzeit, daß in West- wie Ostdeutschland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre „die Einstellung zur Idee der Demokratie und ihren tragenden Prinzipien positiver und stabiler ausfällt als die Systemzufriedenheit“ (Gabriel 1999: 855). Allerdings ist in Ostdeutschland die generelle Systemunterstützung offenbar stärkerer Erosion ausgesetzt (856). Krisensymptome sind mithin unübersehbar. Gleichwohl zögern Einstellungsforscher wie Gabriel, eine „Vereinigungskrise“ der deutschen Demokratie festzustellen (1999: 853).

Wenn nun die *Idee* der Demokratie in Ostdeutschland anders, nämlich unter anderem, wie gezeigt, stärker egalitär besetzt ist, liegt es nahe zu erwägen, die Systemzufriedenheit mittels verfassungsrechtlicher Aufwertung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zu festigen. Eine solche Überlegung ist indes politisch zweischneidig. Denn die insbesondere unter Ostdeutschen populäre direkte Demokratie kann auch Ausdruck einer diffusen, generell gegen staatlich-politische Institutionen gerichteten Abwehrhaltung sein, die sich aus der Erfahrung einer zu DDR-Zeiten erlebten Staatsallmacht speist und auf die neue Ordnung instinktiv übertragen wird. So gesehen, transportiert der Ruf nach mehr „direkter Entscheidungsmacht des Volkes“ vor allem ein unbestimmtes Mißtrauensvotum gegenüber den politischen Akteuren und Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie. Einer derartigen Grundstimmung sollte, auch um der Leistungsfähigkeit des repräsentativen Verfassungsstaates des Grundgesetzes willen, nicht unüberlegt Vorschub geleistet werden.

Literaturverzeichnis

Boll, Bernhard/Crow, Kimberly/Hofmann, Bernd/Holtmann, Everhard 1999: Sozialprofil und Einstellungen der Mitglieder von Parteien in Ostdeutschland am Beispiel Sachsen-Anhalts,

- in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 12/99, S. 34-45.
- Fuchs, Dieter 1997: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 81-113.
- Gabriel, Oscar W. 1999: Demokratie in der Vereinigungskrise? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft ZPol 3/99, S. 827-861.
- Habich, Roland/Noll, Heinz-Herbert/Zapf, Wolfgang 1999: Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse des Wohlfahrtssurvey 1998, in: ISI 22 (Informationsdienst Soziale Indikatoren), hrsg. vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, Ausgabe Nr.22, Juli 1999, S. 1-6.
- Koch, Achim 1991: Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft hoch im Kurs, in: ISI 6 (Informationsdienst Soziale Indikatoren) hrsg. vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, Ausgabe Nr.6, Juli 1991.
- Pollack, Detlef/Pickel, Gert 1998: Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 41-42/98, S. 9-23.
- Roller, Edeltraud 1999: Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des soziokulturellen Wertewandels, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungen, Perspektiven (PVS-Sonderheft 30/1999), Opladen, S. 229-246.
- Veen, Hans-Joachim/Zelle, Carsten 1994: Zusammenwachsen oder Auseinanderdriften? Eine empirische Analyse der Werthaltungen, der politischen Prioritäten und der nationalen Identifikationen der Ost- und Westdeutschen, 2. überarb. Aufl. St. Augustin (1995) (KAS Interne Studien Nr.78/1994).